

Schuhmacher-Fachblatt

Ersuche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Kloheit.

Organ der deutschen Schuhmacher

Erhebt jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 M., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Nach zu beziehen durch die Expedition in Gotha. Kreuzbandlungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 M., 10 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren à 1 M., 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. Das "Schuhmacher-Fachblatt" steht in der Zeitungs-Preisliste unter Nr. 6840. — Rabatte werden mit 25 Pf. die dreigefaltete Zeittheile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 10 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 23½ Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 13

Gotha, 30. März

1902

Ostern.

Die Linden Blüte sind erwacht,
Sie läuseln und weben Tag und Nacht,
Sie schaffen an alten Enden.
O frischer Duft, o neuer Klang!
Aun, armes Herz, sei nicht bang!
Aun muss sich alles, alles wenden.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag;
Das Blühen will nicht enden.
Es blüht das Fernie, tiefe Thal;
Aun, armes Herz, vergiss die Dual;
Aun muss sich alles, alles wenden.

2. Ostern.

Vor 14 Tagen feierte die freiheitliche Klassenbewußte Arbeiterschaft die Erinnerung an die Märzstürme der Revolution, aus deren blutiger Saat die Freiheit aufgegangen, die freilich noch lange nicht zur höchsten Blüte, zur vollen Entfaltung gelangt ist. Unter rauhen Värfürmern, die nur zeitweise mit linden Blüten wechseln, wurde der Frühling geboren, zu dessen Ehren einst die alten Germanen ein besonderes Fest, das Frühlingsfest, das seit der germanischen Frühlingsgöttin Ostara feierten, in Naturfreudigkeit und neuem Lebensdrang. Die alten Deutschen opfereten und feierten jauchzende Feste ihrer Gottheiten, auf das ihnen die dunkle, entbehrungsreiche Winzerzeit durch die Freuden und Früchte der beginnenden Wonnemonate vergangen werde.

Die Verbreiter des Christentums in Germanien knüpften an das heidnische Frühlingsfest ebenso an, wie sie es gegenüber dem Fest der Wintersonnenwende machten, je früher das christliche Osterfest mit der Wiederauferstehung des gekreuzigten Christus als Mittelpunkt. Halten wir uns an die Legende, so ist der März für den Volksführer Christus so verhängnisvoll gewesen, wie seidem für viele seiner Nachfolger im Kampfe um die Befreiung des Volkes. Aber freilich ist der März auch schon für viele Große dieser Erde, von Cäsar (15. März 44 v. Chr.) bis Louis Philippe, Metternich und andere, das Ende ihrer Herrlichkeit gewesen.

Der Sinn des christlichen Osterfestes, die Auferstehung des von den römischen Machthabern hingerordneten Christus, kann natürlich nur symbolische Bedeutung haben. Er will offenbar nur ausdrücken, daß man wohl den Leib töten und vernichten, aber niemehr den Geist zerstören kann. Diesen Sinn hat der Dichter in die hübsche Form gebracht:

Ihr kommt die äußere Form zerbrochen,
Doch bricht ihr innernmächtig der Geist,
Der wie in tausend Flammenbüschen
Durch unsere Seele ländernd treift.
Ihr kommt die äußeren Bande lösen,
Doch lös' ihr nicht das innere Band,
Das aller Sieben, allen Süßen
Bisher noch trostlos widerstand.

Es ist das heilige und ewige Feuer der Idee, das zündenden Gedankens, das nicht verlösch durch die Hinmordung eines seiner Träger, sondern das weiter lodert, sich immer mehr ausbreit und durch Verstärkung des Alten freie Bahn für das Neue schafft. Die Geschichte der Freiheitskämpfe des 19. Jahrhunderts beweist die Wahrheit dieser Worte auf jedem Blatte. Von der Hinmordung des freiheitsgeistigen Studenten Sand bis zu dem zu Tode gebrachten Waller Weidig, von den Originen der Reaktion in den Jahren 1848 und 1849 bis zu den brutalen Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiter durch das Sozialistengesetz, wurden von den Herrschenden unzählige Versuche gemacht, den Befreiungs- und Freiheitsgedanken für immer auszurotten. Aber er ist immer wieder auferstanden, er ist immer wieder erschienen als Befreier in den Höhlen und als strenger Richter in den Palästen, er hat sich in jahrtauende langen Zeiträumen als unverwüstlich und unsterblich, als stieghalt erwiesen und hat im harren Kampfe mit einer ganzen Welt mächtiger Feinde ein Stütz-Terrain nach dem andern erobert und er rüttelt gerade jetzt wieder an den Rechten des insamen russischen Absolutismus, daß das heutige Zarenreich erbebt und exzittert.

So feiern wir das Osterfest ebenfalls mit wahrer, heiliger und inniger Andacht als das Erlösungs- und Befreiungsfest, als die festliche Verherrlichung des unsterblichen Freiheitsgedankens, der endlich allem Volke das seit den ältesten Zeiten von den Menschen erträumte und ersehnte Reich des Friedens, der Freiheit und des Glücks bringen wird.

Natürlich auch die Verwirklichung des Grundgedankens des galiläischen Zimmermanns-Johannes und Volksmannes, von dem sich das offizielle Christentum immer weiter im Laufe der Jahrhunderte entfernt hat und der — eine heitere Ironie der Weltgeschichte! — heute in uns, den angeblichen Feinden des Christentums, seine Träger und Förderer, seine ehrlichen Vertreter gefunden. Ist es nicht blutige Satyre auf die Lehre und das Wirken Christi, der die Bucherer und Pharisäer mit der Peitsche aus dem Tempel hinaustrieb, wenn sich heute die schlimmsten Bucherer und Volksfeinde als Patenchristen ausgeben und mit frommem Augenaufschlag den Tempel des christlichen Gottes entweihen? O, wie würde heute ein Christus diese skrupellose Bucherer- und Pharisäerbande aus dem Tempel hinaustreiben und sie verfluchen ob des Diebstahls, den sie an den Armen degeht! So kann mit einer heilen Sache niederer Missbrauch getrieben und die einzige Religion der Armen zum Deckmantel für die Entartungen der Reichen benutzt werden. So wird auch der soziale Gehalt des Christentums mit Füßen getreten und dasselbe nur als ein Instrument der Herrschaft zur Niederhaltung und Ausbeutung der Armen missbraucht.

Nur mit dem einfligen Siege des sozialistischen Gedankens kommt auch das Erbe des edlen Galiläers zu Ehren und wird dann erst volle Gestalt erlangen. Es ist ein heber Kampf, den wir um die Erringung dieses hohen Ziels führen.

Kämpfung derselben geschickt zu benutzen verstanden. Aber trotzdem beweist dieser Umstand gar nichts gegen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung. Gibt es nicht sehr viele Leute, die es für überflüssig erachten, einer Feuerversicherung beizutreten, trotzdem sie immer wieder erfahren, welches schreckliche Elend über jene Familien kommt, die von einem Brandungsluk betroffen werden und keiner Feuerversicherung angehören und trotzdem sie selbst keinen Augenblick sicher sind, von demselben Unglück heimgesucht zu werden? Die Gefahr des Arbeitsloswerdens ist für den Lohnarbeiter nicht minder groß, ist es ja gerade die niederdrückende und beständige Un Sicherheit des Christen, die den Lohnarbeiter kaum seines Lebens froh werden läßt, besonders dann, wenn er Familienvater ist. Wenn trotz dieser stetig drohenden Gefahren keine geeignete Fürsorge dagegen getroffen wird, so läßt sich zur Erklärung dieser Unterlassung wohl in erster Linie das jedem Menschen unerwähnliche Trägheitsmoment anführen, eine gewisse leichte, sorglose und lebenshelle Auffassung der Dinge, aber man kann daraus kein beweisstichtiges und durchschlagendes Argument gegen die Arbeitslosenunterstützung konstruieren. In seinem Conservatismus ist der Mensch gar oft der Feind des Guten, das ihm entzweit werden muß. Gibt es nicht auch Arbeiter, die Gegner der Arbeitzeitverkürzung, der Sonntagsruhe, der Lohn erhöhung etc. sind? Woher kämen sonst die genügsamen und bedürfnislosen Streitbrecher, die ihren anspruchsvollen Brüdern in den Städten fallen? Aber darum halten wir doch keinen Streitbrecher für ein "nützliches Element" und für einen "Idealarbeiter", als welche er aber den Ausbeutern und ihren Handlanger erscheint.

Grundsätzliche Gegner der Arbeitslosenunterstützung dürfte es in unserem Verbande überhaupt nur in sehr geringer Zahl geben. Fast alle Kollegen, wobei jetzt die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung befürworten, thun dies aus opportunitistischen Gründen, wovon am meisten derjenige der zu schweren Belastung der Kollegen mit erhöhten Beiträgen widersteht, neben dem aber auch der Hinweis auf den durch die Krise entzogenen oder vermindernden Verdienst nicht fehlt. Gegenwärtig zahlt in unserem Verbande ein Mitglied 10,40 M. pro Jahr. Wird die obligatorische Arbeitslosen- und Krankenunterstützung eingeführt, so steigt der Jahresbeitrag der 30 Pf. pro Woche auf 15,80 M. und bei 40 Pf. auf 20,80 M. Das sind an und für sich angestiegt der vielfachen wichtigen Zwecke und Ausgaben, die vielfältigen großen Bedeutung eines Gewerkschaftsverbandes geringe Beiträge, was auch unsere oppositionellen Gegner zugeben werden. Freilich gewinnt diese Beiträge an Bedeutung, wenn man sie ins Verhältnis zu dem geringen Verdienst bringt, den so viele unserer Kollegen haben. Aber wie ist es denn, wenn Lohnreduktionen in Kraft treten und dadurch der Jahresdienst um 50 oder gar 100 M. oder noch mehr verringert wird, was bei Reduktionen um 10, 20, 25 und noch mehr Prozent der Fall ist? Die "Ausgaben" für solche Lohnreduktionen müssen in unsere Kollegen tragen, selbst der "väterlichste" Fabrikant fragt nie nach, ob und wie sie es können, und ob sie dann noch zu leben vermögen?

Aber wir wollen gar nicht, daß unsere Kollegen die Beiträge an den Verband aus ihrer Tasche zahlen sollen; wir müssen bestrebt sein, sie auf die Produktionskosten in Form höherer Arbeitslöhne abzuwälzen. Steckt nicht heute schon der Fabrikant und Meister die Ausgaben für Feuerversicherung, Unfall- und Krankenversicherung etc. zu den allgemeinen Produktionskosten, die er bei seiner Preiskalkulation berücksichtigt? Na, da soll er noch weitere 10 M. pro Arbeiter und pro Jahr für die Arbeitslosenversicherung hinzunehmen, wozu wir ihn eben in Form der Forderung auf Lohnzergötzung veranlassen müssen. Der Unternehmer ist verpflichtet, in solcher Höhe einen Lohn zu zahlen, damit der Arbeiter leben und seine verschiedenen Verpflichtungen erfüllen kann und zu diesen gehört auch die Fürsorge für die Zeit der Arbeitslosigkeit.

Was die "hohen Beiträge" betrifft, so möchten wir nur daran erinnern, daß unsere organisierten Kollegen in England schon vor Jahren einen Wochenbeitrag von 50 Pf. an ihren Verband leisteten, wofür sie

Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Umzugsgeld, Sterbebeiträge etc. erhalten. Aber, was die Hauptfrage ist, dabei haben sie es zu einem wöchentlichen Minimallohn von 30 M. bei neunstündiger täglicher Arbeitszeit gebracht, so daß sie sich gewissermaßen in Form eines guten Arbeitslohns die Beiträge an den Verband von den Unternehmern zurückzuerstatten lassen. Was den englischen Schuhmachern möglich, sollte ihren deutschen Kollegen nicht unmöglich sein.

In einem wichtigen Punkte geben wir der Opposition recht: Die jetzige Krise mit ihrer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, mit ihrer Arbeitslosigkeit, ist in der That ein sehr ungünstiger Zeitpunkt für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit Erhöhung der Beiträge. Aber wenn man sonst für den Vorstieg ist, so läßt sich auch dieses Hindernis ohne Schwierigkeit überwinden. Kann nicht die Generalversammlung einen Besluß fassen, mit der Inkraftsetzung der beschlossenen obligatorischen Arbeitslosenunterstützung zu warten, bis wieder ein besserer Geschäftsgang eingetreten ist? Vorstand und Ausschuß können ermächtigt werden, zu einem günstigen Zeitpunkte den Besluß auszuführen.

Dieser Vermittlungsvorschlag trägt den Befürchtungen von einem großen Mitgliederverlust, deren Berechtigung im Hinblick auf die heutigen schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht zu bestreiten ist, vollkommen Rechnung. Um den Preis einer bedeutenden Schwächung unseres Verbandes wäre die Arbeitslosenunterstützung zu teuer erlaubt; wir wollen aber auch gar nicht, daß nur ein Mitglied durch die vorgeschlagene neue Einrichtung aus dem Verein hinausgedrängt werde, um wollen im Gegenteil sie erhalten und noch viel mehr dazu gewinnen. Die Bekämpfung und Stärkung des Verbandes durch die Arbeitslosenunterstützung ist ja einer der hauptsächlichsten Beweggründe, daß wir ihre Einführung vor schlagen und verfechten.

In voller Uebereinstimmung mit der selbstverständlichen Erklärung des Vorstandes, daß man den Mitgliedern nichts mit Gewalt aufzwingen wolle, möchten wir weiter vorschlagen, die Generalversammlung soll aus eigener Initiative, sobald sie die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung beschlossen hat, weiter beschließen, den Besluß zur Urabstimmung zu bringen und die Zweidrittel-Majorität der Stimmberechtigten für die definitive Gültigkeit des Beschlusses zu fordern. Mehrere andere Verbände sind bereits in dieser Weise vorgegangen, machen wir es ebenso, denn eine solche demokratische Weisheitlichkeit verhindert von vornherein einen erhitzen Streit um formelle Dinge und gefäßt so eine ruhige sachliche Diskussion der Frage selbst.

Bei diesen Friedens- und Verständigungsvorschlägen leitet uns die Abstift, die ganze Kampagne in einer solchen Weise zu geistreicher Ende zu führen, daß es in unserem Verein weder Sieger noch Verfechte gibt. Denn mag der schlichte Ausgang sein wie er wolle, nach Beendigung des Kampfes wollen und müssen wir alle wieder im Interesse unserer Sache zusammenarbeiten, die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung wie Ihre Gegner.

Zu den übrigen aktuellen Fragen nur wenige Bemerkungen. Die Anstellung von Gau- oder Bezirksbeamten hat zu ziemlich alle Konferenzen beschäftigt und es haben sich dabei weitgehende Meinungsverschiedenheiten ergeben. Wir meinen daher, es sollte auch hier nichts erzwungen werden. Wo die Kollegen aus dem einen oder anderen Grunde einen besonderen Bezirksbeamten nicht wollen, die Agitationskommissionen aber doch viele Gefäße zu erledigen haben, da sollten die betreffenden Kollegen in einer einigermaßen befriedigenden Weise für ihre Arbeit und Mühen entschädigt werden.

Weimungsverschiedenheit besteht in den Kreisen unserer Kollegen auch in Bezug auf die Pensionierung der Beamten. Grundsätzlich ist der Gedanke unanfechtbar, trotz allem, was dagegen vorgebracht wird und praktisch ist er in unserem Verein bereits in einem Falle verwirklicht. Über die Art der Pensionierung sind die Meinungen auch noch sehr unklar. Die Mehrzahl der Kollegen glaubt, daß wir jeden Beamten in der Art wie den Kollegen Siebert pensionieren sollten. Das ist aber nicht der Fall. Es ist von der Generalkommission geplant, für sämtliche Gewerkschaftsbeamte eine Pensionskasse zu errichten. Die Pensionsen sollen gezahlt werden von Beiträgen, die zur Hälfte von den Beamten, zur Hälfte von den Verbänden, für welche die Beamten thätig, zu leisten sind. Eine solche Einrichtung besteht schon in dem Verein „Arbeiterpreß“, dem auch Gewerkschaftsbeamte beitreten können. Die Erregung, die sich teilweise da und dort fund gegeben, ist deshalb wahrlich nicht angebracht. Gegen die Verallgemeinerung der Art der Pensionierung Sieberts würden wir uns selbst wenden, denn es könnten da leicht 5 bis 6 und noch mehr Beamte aus dem Bereichsteil Pension beziehen, was eine erhebliche Summe pro Jahr ausmacht. Gegen die Pensionierung wie oben angegeben kann aber kaum ein ruhig denkender Kollege etwas einwenden. Im Falle des Kollegen Siebert gab es keine andere Möglichkeit. Ob der Gedanke von der Generalversammlung in der Form verwirklicht werden wird, daß alle Beamten unter bestimmten Bedingungen Pensionsberechtigung erlangen, bleibt abzuwarten. Die Generalversammlung ist ja souverän und kann beschließen, was sie gut befindet.

Zu dem Vorschlag der Verlegung des „Fachblattes“ haben wir uns bereits bei seinem ersten Aufstehen gewußt und wollen dem für heute nichts weiter hinzufügen. Mit dem Bewußtsein erfüllter Pflicht

schen wir den bezüglichen Verhandlungen ruhigen Gewissens entgegen.

Und nun wünschen wir den Verhandlungen unserer Generalversammlung besten Erfolg zu Nutz und Frommen unseres Vereines. Der Versammlungsort, die bayerische Hauptstadt München, gehört zu den Zentren der deutschen Schuhindustrie. 7 Schuhfabriken mit etwa 340 Arbeitern und Arbeiterrinnen, etwa 2000 Schuhmachermeister mit ungefähr 450 Gehilfen wurden dort Ende 1901 gezählt und mit 472 Mitgliedern, wovon 39 Kolleginnen, gehört die Bahnhofstraße München mit zu unseren größten Filialen. Im übrigen pulsiert in der schönen Starstadt eine lebhafte und bedeutende Arbeiterbewegung, die im alltäglichen harten Kampfe den Gegnern ein Stück Terrain nach dem andern abringt.

Ein guter Geist wird daher die Verhandlungen unserer Generalversammlung erfüllen, ein Geist der Solidarität, der Fruchtbarkeit und des Erfolges und rufen wir ihr daher ein hoffnungsfreudiges „Glück auf! zu.“

Aus unserm Beruf.

Düsseldorf. Wir bitten den Zugang von Schuharbeitern freizuhalten, da die Kollegen in Verhandlung mit den Arbeitgebern seien.

Nürnberg. In der Schuhfabrik von Rollmann u. Mayer haben die Maschinenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

Düsseldorf. Da ländliche Südländer der Niema Arbeit aus einer Wohndislokation nicht gehalten ließen, ziehen dieselben in Ansiedlung. Vor Zugang wird gewarnt. Bericht folgt.

Stettin. Da die Auspferzung in der Campagnischen Fabrik noch nicht beendigt ist, erüben wir, den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

Stralsund t. G. Vor Zugang von Schuharbeitern wird wegen Bodenbewegung streng gewarnt. Wir bitten die Bevollmächtigten der umliegenden Fabriken, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Der Verband deutscher Schuhwarenhändler erklärte in seiner in Frankfurt a. M. abgeholten Generalversammlung „Schuh und Leder“ als sein Verbandsorgan, das allen Mitgliedern gratis geliefert wird. Der jährliche Beitrag an den Verband beträgt für Einzelmitglieder 6 M., für Mitglieder von Ortsvereinen 2 M. Aus Orien, wo Ortsvereine bestehen, werden Einzelmitglieder nicht aufgenommen. Der nächste Verbandsstag findet 1903 in Köln statt.

Eine läufige Landesausstellung für die Schuhindustrie soll am 13., 14. und 15. Juli 1903 in Leipzig veranstaltet werden.

43 Unfälle wurden aus deutschen Schuh- und Schäfelfabriken in der Zeit vom 10. Februar bis 1. März bei der Seidenindustrie-Berufsgenossenschaft angemeldet.

Der schwäbische Schuhmacherverband hält seine Delegiertenversammlung am 6. und 8. April in Winterthur ab.

In der fränkischen Schuhfabrik in Widdern bei Wien sollen in Zukunft noch 50 den bisherigen 40 Arbeitern zurückbleiben und mit ihnen der so reduzierte Betrieb fortgesetzt werden.

Mit einer Staatsabvention von 12 000 Kronen erhält der Schuhfabrikant Salomon Kohn in dem Bubaken nahegelegenen Trägerfeldsalza eine neue mechanische Fabrik für die Erzeugung von genagelten Möbelmöbeln.

Gegen den Verein deutscher Schuhmacher in Elsass-Lothringen wird von den Bediensteten der Kammer weiter geführt. So wird uns am Freitag folgendes berichtet: Im November legten Fabrikarbeiter die Vorherrsche der Schuhmachersgewerkschaft in Meß bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Hausschreiderbruch gegen Polizeikommissar Guldner und zwei bemalten untergebene Schuhläute. Der Grund zu obiger Klage war kurz folgender: Zwei Schuhläute waren auf Besuch Guldners in einer Privatversammlung des Schuhmachers, um die Einladungskarten nachzusehen und blieben auch trotz wiederholter Aufforderung des Beamten, sich zu entfernen, ruhig dort sitzen, indem sie sich darauf zögerten, den dienstlichen Aufzug zu nehmen, die Verhandlung zu überwachen. Da die Unwissenheit von Personen ohne Einladungskarten in Privatversammlungen unanständig ist, mußte der Vorwiegende, um sich keiner strafbaren Handlung schuldig zu machen, nothwendig zur Auflösung der Versammlung dringen, sie war gesprengt. Am 20. Januar 1902 kam nun von der laientischen Staatsanwaltschaft folgende Antwort auf die Klage zurück: „Unter Bezugnahme auf Ihre Anzeige vom 22. November 1901 gegen die Schuhläute Obermann und Schuhläut sowie Polizeikommissar Guldner sehe ich Sie in Kenntnis, daß ich die öffentliche Anklage nicht erheben werde, da, was die ersten anbelangt, dieselben aus ausdrückliche Weisung ihres Vorgesetzten, des Polizeikommissars Guldner, daß Versammlungsklopfen verboten und was letzteren betrifft, dieser die Überwachung der Versammlung nach militärischem Dienstlichem Grunde anordnete, so das ich ihm auf alle Fälle die Beweise der Widerrichtigkeit fehle und es auf die Frage, ob es in den Streiken jettner Rücksicht handele, nicht antworte. Die erste Staatsanwaltschaft“ trocknet der Staatsanwalt die Anklage wegen Hausschreiderbruch nicht trocken, verlegt gerade die diesjährige Begründung dem System Guldner einen schweren Schlag. Unumwunden gibt da der Staatsanwalt die Widerrichtigkeit der Überwachung zu, doch soll dem Kommissar das Beweisstück derer gefehlt haben, weil er angeblich nach militärischem Grunde handele. Man sollte meinen, einen höheren Polizeibeamten sollte das Beweisstück der Rücksicht und Gelehrsamkeit nie verlassen, es sollte ihm vielmehr die stete Rücksicht sein.

9 Prozent Dividende gegen 12 Prozent im Vorjahr verteilen die „Beteiligten fränkischen Schuhfabriken, Aktiengesellschaft in Nürnberg“ als „Endeckungslöhne“ an ihre siebzehn Aktiönen.

Gewerkschafts-Schuhfabrik in Waldheim t. G. Die Schuhfabrik bei in Kontakt geraten Niema Beimert u. Müller ist in den Besitz einer aus den Glashüttern gebildeten Gewerkschaft übergegangen, deren Stammtypus 150 000 M. beträgt. Gesellschafter ist Herr Beimert.

Berechnung des Militärschuhes in der Schweiz. Von den ausgeschätzten 15 000 Paar Militärschuhen für die eidgenössische Kriegsmaterialverwaltung in Bern sollen nach bisherigem Brauch zwei Drittel, also 10 000 Paar, dem Kleingewerbe, d. h. den Getrieben des Schweizerischen Schuhmachervereins, zur Lieferung übertragen werden.

Auszug aus dem Berichte des Vorstandes

über die Geschäftspériode 1900/1901.

In der letzten Geschäftspériode hatte der Vorstand unter besonders ungünstigen Umständen zu arbeiten. Der 1. Vorsteher, Kollege Simon, mußte sich erst in die Geschäfte einarbeiten, Kollege Siebert wurde infolge seines leidenden Zustandes pensioniert und Kollege Knauth, welcher kurz vor der letzten Generalversammlung eine schwere Operation durchmachen mußte, war mit langer Unterbrechung gewungen, das Krankenlager zu häuten, bis ihn der Vorstand

von seinen Leidern erlöste. Eine dafür eingesetzte zeitweilige Hilfskraft genügte nicht; deshalb saß sich der Vorstand gewungen, im Einverständnis mit dem Ausschuß Kollegen Köhle als ständigen Hilfsarbeiter anzuhören.

Zur Erledigung seiner Geschäfte hielt der Vorstand 78 Sitzungen sowie 2 Sitzungen mit dem Vorsteher des Ausschusses ab. Außerdem wohnte der 1. Vorsteher 2 Ausschüttungen in Weißensel bei.

Um eine Überlastung der Vorstandssitzungen zu vermeiden, sah sich der Vorstand veranlaßt, ein: andere Geschäftsförderung einzuführen, es wurde bestimmt, daß Unterstützungsgelder nach § 2 Abs. 6 und 7 des Statuts von den Beamten im Bureau erledigt werden sollen; hierdurch wurden nicht allein die Vorstandssitzungen erleichtert, sondern auch eine reitere Erledigung der eingegangenen Unterstützungsgegenübe ermöglicht. Trotz dieser Vereinfachung der Geschäfte war es nicht möglich, die eingehenden Korrespondenzen alle so plakant zu erledigen, wie es vom Vorstand selbst gewünscht und auch im Interesse des Vereines gelegen hätte.

Die im Jahre 1900 eingetretene Krise hat sich im Jahre 1901 — auch für die Schuhindustrie — bedeutend verschärft, wodurch erhebliche Anforderungen an die Beamten gestellt wurden. Es mußte, um die Organisation vor größerem Niedergang zu bewahren, das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß bei ausgetrockneten Öffnungen sofort vermittel wurde; dadurch war der 1. Vorsteher gezwungen, sehr häufig unterwegs zu sein; außerdem mußte der Vorsteher auch agitatorisch thätig sein. In den letzten zwei Jahren waren für den Vorsteher 148 Reisetage, für den Ausschuß 9 Reisetage zu verzeichnen.

Zu der Zeit vom 1. März 1900 bis 31. Dezember 1901 gingen ein: 6210 Briefe, 2585 Karten, 1331 Kreisbänder, 214 Pakete und Kisten, 45 Telegramme und 4705 Postanweisungen, zusammen 15 183 Posteingänge. Strafpost musste in 123 Fällen beahlt werden. Die Ausgaben betrugen in derselben Zeit: 3845 Briefe, 942 Karten, 9124 Kreisbänder, 510 Pakete, 202 Sendungen und 61 Telegramme, zusammen 14 884 Postausgänge. (Der Geschäftsbereich schließt die bestreitbare halber mit dem 1. Januar und nicht wie früher mit dem 1. März ab. Daher umfaßt derzeit 3 Monate weniger als der vorige.)

Wenn in früheren Generalversammlungen berichtet werden konnte, daß zwischen Vorstand und Ausschuß in allen Fragen Übereinstimmung herrschte, so kann dies leider diesmal nicht konstatiert werden. Zwei Punkte geben zu Differenzen Anlaß, welche auch nicht ausgleichen werden können. Die erste Differenz entstand durch die Auslegung der Statuten in Bezug auf die Böhmnerinnen-Unterstützung, wie sie seitens der Ortsverwaltung in Weißensel — welche sich der Ausschuß anschloß — beliebt wurde. Bemerklich dient nach der Gewerbeordnung Böhmnerinnen erst 4 Wochen nach der Einbindung wieder in der Fabrik beschäftigt werden. Die Ortsverwaltung in Weißensel hat nun ohne weiteres diese Böhmnerin, wenn nicht eine Krankheit hinzukommt, ihre häuslichen Arbeiten verrichtet, ist also nicht mehr frisch, kann somit eine Krankenunterstützung nicht erhalten. Es sei denn, daß die Generalversammlung die Auszahlung einer Böhmnerinnenunterstützung befiehlt. Der Ausschuß, dessen Vorsteher zu gleicher Zeit 1. Böhmlichdinger der Zahlstelle Weißensel ist, legte das Statut so aus, daß jede Böhmnerin ohne weitere 14 Tage Unterstützungen erhalten muss. Um liegende Differenzen zu vermeiden, beschloß der Vorstand, die zweit angesetzte Unterstüzung vorerst der Böhmnerin Weißensel als Sonderbedarf zu zahlen und den Streitfall der Generalversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Der zweite Differenzpunkt betrifft die Regelung der Streiks. Der Ausschuß glaubte ein Recht zu haben, nach Sünden ein Mitglied desselben an einer Streiklist zu senden. Dagegen stand der Vorstand auf dem Standpunkt, daß das Regeln der Streiks ausschließlich Sache des Vorstandes sei. Daß der Ausschuß eventuell erst dann eingreifen könnte, wenn der Vorstand sich einer Verletzung der Bestimmungen des Streitreglements zu Schulden kommen läßt und der Streiklist noch derselbe verstreut an den Ausschuß wendet. Der Vorstand steht nach wie aus dem Standpunkt, daß die Regelung und Leitung von Streiks nur von Sirene und geschoben kann und darf. Da auch in diesem Falle der Ausschuß an seiner Auffassung festhält, so wird auch hierzu die Generalversammlung Stellung zu nehmen haben, damit derartige unliebsame Differenzen für die Folge vermieden werden.

Vorstände und Ausschuß wurden regelmäßig, besonders über Lohn- und Streitbeschwerde, Mitgliedszahl etc. an die Generalversammlung in Hamburg, Ferner an das statutäre Landesamt für Gewerbe in Karlsruhe erstaunt.

Obohwohl man nach der Diskussion, welche sich nach der letzten Generalversammlung in Verhandlungen und im „Fachblatt“ entwickelte, hätte annehmen können, daß das Interesse der Verhandlungen der Generalversammlung ein sehr reges wäre, wurden doch verhältnismäßig wenig Protokolle abgelegt. Es ist dies um so besonderlich, als dem Protokoll der Geschäftssitz des Vorstandes an die Generalversammlung beigegeben war. Es scheint die Kollegen weit dianemer zu sein, die Beihilfe der Generalversammlung zu kritisieren, als das Protokoll zu kritisieren, um zu erforschen, aus welchen Gründen die Delegierten die Beschlüsse gegeben haben.

Beobachtet über die Haltung unseres Vereinsorgans, das „Schuhmachers-Fachblatt“, sind uns in der letzten Geschäftspériode nicht bekannt geworden. Die Ausgaben für das „Fachblatt“ betrugen in den letzten zwei Jahren bei einer durchschnittlichen Auflage von etwa 20 000 42 668,67 M., die Einnahmen 2853,66 M.

Die Agitation war auch in der letzten Geschäftspériode eine äußerst lebhaft, sah überall nach, daß das Belegschaft gelingt, die durch die Arbeitslosigkeit und andere Ursachen herbeigeführte Verminderung der Mitglieder durch Neugewinnung wieder auszugleichen; leider konnte den Bürgern der Kollegen in Bezug auf Übernahme vom Festerate durch ein Mitglied des Vorstandes nicht immer entsprochen werden. Geringere Agitationstouren wurden durch den Vorsteher ausgeführt: in Sachsen, Kleinland, Schlesien, Osth. und Westpreußen, durch Kollege Baumgärtner in Schleswig-Holstein, Franz. Kath. Dünster in Sachsen und Kollege Bonifatius in Rheinland und Westfalen. Außerdem waren im Auftrage des Vorstandes noch eine größere Anzahl Kollegen agitatorisch thätig. Den Bürgern der südlichen Kollegen auf Beifüllung an die Geschäftssitzes „Düsseldorf“ an diejenigen unserer Mitglieder, welche nur die südlichen Sprache mächtig sind, konnte ein Flugblatt in südländischer Sprache seitens des Vorstandes herausgegeben, womit jedoch geringster Erfolg nicht erzielt worden. Eine kleine Agitationsschrift, in welcher eine gedrängte Übersicht über die Leistungen unserer Organisation gegeben und auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam gemacht wurde, wurde seitens des Vorstandes in einer Auflage von 30 000 Exemplaren herausgegeben.

Selbsts. der Generalkommission der Gewerkschaften wurde ein politisches „Fachblatt“ herausgegeben, welches auch wie den Kollegen, welche nur die volkstümliche Sprache mächtig sind, aufgestellt lassen. Bei den Kollegen trägt die Generalkommission 1/3, bei während 1/3 von den beteiligten Gewerkschaften zu tragen sind. Bisherige Kosten 2 M.

Agitationsskommissionen bestehen aus Seite 16. Die Agitationsskommission für den Bezirk Großherzogtum Sachsen-Anhalt ist bestellt aus dem Vorsteher des Gewerkschaftsvereins nach Leipzig verlegt worden. Im Ein- und auswärtigen Konferenzen nach Leipzig verlegt werden. Im Ein-

verständnis mit der Ortsverwaltung bzw. der in die Agitationsskommission in Leipzig gewählten Kollegen wurde von der Errichtung derselben Abstand genommen. Desgleichen wurde die Agitationsskommission in Frankfurt a. M. aufgestellt und aus Antrag der Fabrikanten in Pommern eine Agitationsskommission mit dem Sitz in Stettin neu errichtet. Die Agitationsskommissionen für Rheinland und Westfalen wurde von Düsseldorf nach Köln verlegt. Den Wünschen der Fabrikanten Ost- und Westpreußens auf Errichtung einer Agitationsskommission konnte der Vorstand aus praktischen Erwägungen nicht folgen, dagegen wurden die einzelnen Fabrikanten mit Mitteln zur Agitation reichlich unterstüzt. Neben den schon eingeführten Agitationsskuturen wurde den Agitationsskommissionen im Bezug auf Agitation in ihrem Bereich der weitere Spielraum gelassen. Solche Bewegungen und Streiks wurden dieselben sehr häufig vom Vorstand mit der Vermittlung beauftragt. Mittel zur Agitation wurde seitens des Vorstandes den Agitationsskommissionen in rechtlichem Maße zugewiesen, mit wenigen Ausnahmen welche die verhauften Summen gegen die vorhergehende Geschäftspräiode eine bedeutende Steigerung auf.

	Quittung	Leistung
	aus der Hauptklasse der Fabrikanten	der Fabrikanten
Berlin	467470 Mr.	18870 Mr.
Breslau	130,-	—
Chester	52798	9415
Dresden	246,-	35927
Erfurt	200,-	25970
Frankfurt a. M.	17570	51749
Hamburg	100,-	50845
Hilbersheim	210,-	154
Köln	200,-	29215
Magdeburg	50,-	21018
München	558,-	5030
Nürnberg	250,-	—
Pirmasens	5895	33482
Speyer	50,-	28187
Stettin	250,-	4490
Stralsund	830,-	181325

Eine Umfrage bei den Agitationsskommissionen über den Erfolg und Wert der gegenwärtig bestehenden Einrichtung hatte folgendes Ergebnis: Von 2 Kommissionen ging ein Bericht nicht ein. In 7 Bezirken ist ein Mißlang der Mitglieder zu verzeichnen, in 7 Bezirken hat eine Mehrzahl der Mitglieder bestätigt gefunden. In 9 Bezirken wird die Notwendigkeit des weiteren Aufbaus der Agitationsskommissionen, besonders durch Anstellung und Besoldung von Bezirksbeamten, herbeigewünscht. Begründet wird dieses Verlangen damit, daß die Kollegen, welche an der Spalte der Agitationsskommissionen sitzen, durch ihr abhängiges Arbeitseinsatz sich möglicherweise nicht so der Agitation wenden können, wie es im Interesse der weiteren Ausbildung unserer Organisation notwendig wäre. 4 sprechen sich für Beibehaltung der jetzt bestehenden Einrichtung aus, während 1 diese Frage offen läßt.

Ein Bericht des Magdeburger Generalversammlung entnehmen, hat der Vorstand den Verlangen einzelner Oste, betrifft Bezirksschule anzustellen und zu besolden, bezw. Aufzubauen zu leisten, in mehreren Fällen entsprochen. Anträge, welche nach dieser Richtung erst vor kurzer Zeit laut geworden, wurden in Rückblick auf das baldige Auftreffen der Generalversammlung vom Vorstand zurückgestellt und die Antragsteller auf die Generalversammlung verwiesen. Angestellte und beförderte Beamten waren in Berlin, Dresden, Graudenz und Weissenfels. Für Berlin wird das Gehalt aus der Hauptklasse abgezahlt, während in Dresden und Weissenfels 8 Prozent von der Ortsverwaltung zur Versicherung stehen. 20 Prozent zur Belebung beigetragen und der Restbetrag als Aufzahm aus der Hauptklasse geleistet wird. Zur Belebung des Bezirksbeamten in Graudenz wird aus der Hauptklasse pro Quartal 40 Mr. geleistet. Auf Besoldung der Konferenz für Bützowberg wurde der Kollege Höpp als Bezirksbeamter angestellt. Die Belebung sollte durch Beiträge der einzelnen Fabrikanten und durch einen Zuschuß von 100 Mr. pro Quartal aus der Hauptklasse erfolgen. Leider waren diesem Beschlüsse nicht alle Fabrikanten nach, so daß auf das letzte Konferenz die Aufhebung der Stelle des Bezirksbeamten beschlossen wurde. Diese Generalversammlung wird sich darüber schläfzig zu machen haben, ob und in welcher Weise weitere Anstellung von Osts. bezw. Bezirksbeamten erfolgen soll und in welcher Weise das Gehalt des angestellten Beamten aufzuheben ist.

(Fortsetzung folgt.)

Vor ein Woil zur Generalversammlung.

Da uns zur noch wenige Tage von der diesjährigen Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher trennen, möge es mir noch vorgemacht sein, die Spalten des „Fachblatt“ in einer die gesamten Schuhmachers interessierenden Frage in Anbruch zu nehmen.

Über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung ist schon so viel debattiert und geschrieben worden, daß ich auf ein ausführliches Eingehen darauf wohl verzichten kann. Nur will ich persönlich so viel bemerken, daß trotz allem die Frage noch keineswegs überall klar ist, sondern nach Jahr viel Unklarheit herrscht und daß ich der unmissverständlichen Meinung bin, daß die Unterhaltung der Arbeitslosen über kurz oder lang doch von allen Gewerkschaften angenommen werden wird. Scheint mir auch gegenwärtig bei den Schuhmachern die praktische finanzielle Durchsichtarbeit der Arbeitslosen-Unterstützung resp. die Grundsätze hierzu noch etwas im Zweifel, so werden doch die Verhältnisse dazu drängen. Gerade so, wie seiner Zeit die Reisemittelstützung doch auch eingeführt wurde, wenn auch, als wir 1881 in Münster die Banderunftsfrage erörterten (damals allerdings weniger als Selbstverständlichkeit und ohne eine Organisation zu ermöglichen), die Anregung zunächst ohne praktischen Erfolg blieb.

Was mir heute aber eigentlich die Seher in Hand drückt und mich bewegt, meine Stimme warnend zu erheben, daß die Delegierten zur Generalversammlung nicht einen Beschluss fassen mögen, aber ein vernünftiger Grund zu solchem Antrag und Beschluss ist mir bisher noch nicht klar geworden. Denn die in dem Bericht angegebene Begründung ist durchaus nicht stichhaltig, weil eine ältere Gesinnung des Blattes eine rasche Publikation doch auch nicht möglich wäre und die Entwicklung Karlsruhes, Görlitz, für das ein Brief bestehend einen halben Tag braucht, doch keine im Jahrhundert des Besuchs seine Rolle mehr spielt. Ob das Organ dadurch gewinnen wird, erlaube ich mir zunächst zu beweisen. So weit ich untersicht, gibt die Generalversammlung die Direktion für die Leitung des Blattes; der Redakteur oder der Verleger können also nicht ganz eigenmächtig und auch nicht gegen die Interessen der Organisation handeln, selbst wenn sie dies wollen. Aber ist dies jemals vorgekommen, oder auch nur je herbeigeführt worden? So viel ich weiß, nicht. Oder glaubt man, daß es in Nürnberg einen Redakteur geben wird, der es allen Seinen recht machen kann? Ich erinnere mich, das Böllwerk im Dreißigjährigen Krieg 1670 bis 1676 in Steinigung vorliegender Bestrafungen sagt: „Der Redakteur, der es verleiht, einem Leiser recht zu machen, der muss erst noch geboren werden.“ Auswählen könnte ja so ein „Uebermensch“ das Amt der Welt erfüllen haben, doch ist mir es nicht bekannt ge-

worden. Meines Wissens steht daß „Fachblatt“ dem Vorstand schon gegenwärtig für all seine Publikationen zur Verfügung. Mehr könnte derselbe durch die event. Rendierung auch nicht erreichen. Da aber Reditur und Expedition eine erhebliche Mehrarbeit erfordern, der Vorstand aber ohnehin schon mit Arbeiten überhäuft ist, würde in dieser Beziehung doch genug keine Befreiung geschaffen. Es liegt doch aber auch ein gut Zell an den Seinen und Korrespondenten des „Fachblatt“, wie sein Inhalt bezeichnet ist.

Rum möchte ich aber zur Erwähnung stellen, daß es mir nicht nur zweckmäßig, sondern als absolute Rowendigkeit erscheint, daß Vorstand und Fabrikanten räumlich bzw. örtlich getrennt sind. Und zwar wird diese Meinung durch Erfahrungen und Bekanntschaft im letzten Jahre ganz beständig bestätigt. Gegenwartig ist der Redakteur und das Blatt bis zu einem hohen Grade vom Centralvorstand unabhängig; nach der vorgesetzten Änderung würde der Redakteur mehr oder weniger ein Beamter der Verwaltung, Blatt und Redakteur von der Verwaltung ganz abhängig sein, resp. unter deren Einfluss stehen. Es kann ganz geben, in welchen dies wünschenswert erscheinen mag. Aber man sieht doch gefülligt an die daraus entstehenden Konsequenzen und kommt, zu welchen unledamen Folgenheiten und Vorwürfen dies in andern Organisationen geführt hat. Und gezeigt der Fall, es gibt an einem Ort zweiter Stürmungen und Anfachten. Solche Fälle sind schließlich gar nicht selten und gerade Dresden hat in den letzten zwei Jahren ja auch etwas Erfahrung darin. Der Centralvorstand wird selbstverständlich untersucht und untersucht. Jetzt hat auch die Partei, die ihr Recht nicht gefunden zu haben glaubt, noch den Weg, sich durchs „Fachblatt“ an die Kollegenschaft zu wenden. Ist das Blatt aber unter der direkten Leitung des Centralvorstandes, so bliebe eine Aussprache im „Fachblatt“ wohl nicht ganz angängig sein, sobald die Verbandsleitung das entscheidende Wort gesprochen hat. — Auf die direkt technischen Angelegenheiten bei Gestaltung des Blattes und die ebenso wichtige oder Nachteile durch die Belebung will ich hier nicht eingehen, die überlassen ich getrockneten Personen. Nur beweiße ich stark, daß im Fall einer Rendierung die Kosten etwa geringer würden.

Bum weiteres und nicht zum geringsten möchte ich nun aber noch ein weiteres Moment herhaben, das bisher ganz übersehen worden ist. Ich weiß nicht, wie viele von der „alten Garde“ aus den Anfangen der jüngsten deutschen Schuhmachersbewegung dem Berliner deutscher Schuhmacher jetzt noch angehören oder sich befreit haben oder wie viele davon auf der Generalversammlung sein werden. Wie viele von dem Groß der jüngsten Mitglieder aber werden es denn noch tatsächlich wissen oder auch nur zu wünschen verstehen, daß selneiner dazu geboren ist Arbeit, Mühen, Opfer und Schwierigkeiten, um das erste Organ der Schuhmacher, den „Weder“, ins Leben zu rufen und zu erhalten, aus dem dann der „Schuhmacher“ und das „Fachblatt“ entstehen?

Der Herausgeber der ersten deutschen Schuhmacherszeitung ist ein schwächerer Geheimrat geworden. Aber der Schrift nicht für Arbeit und ließ sich sein Blatt nicht von Arbeitern kontrollieren oder darreinsetzen. Unter Brod, der mit bemerkenswürdigem Opfermut, mit zäherem Aufbauer und riesenhafter Geduld für die Schuhmachersbewegung unermüdlich geworkt und ihr ein Organ geschaffen und zu erhalten gewußt, wird ebenfalls niemals Geheimrat und Millionär werden. Denn Dienleuten, welche sich für andere aufopfern, haben eben nicht das Recht in sich, Reichtum zu erwerben, weil ihnen der Eigentum fehlt, der heutigezeit leider fast ganz die Welt beherrscht. Hat man denn schon vergessen, daß es eine Zeit gab, in welcher für die Interessen der Arbeiters einzutreten Unmöglichkeit und Opfermut, nübzige, besonnene, aber energische Thätigkeit, Hingabe für eine bessere Sache ohne Rücksicht auf die Person und Stellung g erforderlich war, wie es mit Geschichten für die Christen, die Freiheit und den Beruf des Betreibenden verbunden war? Damals war es freilich nicht so leicht, sich in langen „Weden“ und „Schweden“ Traiden zu ergeben und — wie es hier bereits zweimal geschehen — mit einer Kugel am, die nur durch die Abschaltung aller Haushalte überholen wird, der Mitgliedschaft in öffentlicher Meinung zu propagieren: „Es ist keiner unter euch, der mir auch nur das Wasser reichen könnte!“

Nach Jahrzehntlangem Mühen und Ringen ist der Berliner deutscher Schuhmacher so erstaunt, daß er die Täglichkeit einzelner nicht mehr auf Kosten des Opferwilligkeit und Schmerzleidung des Christen zu beantragen braucht. Er kann seine Beamten honorierten und mit Recht geht man daran, die Rentenberechtigung folgende Beamten zu fordern. Deshalb berücksichtigt es mich um so unangenehmer, daß zur selben Zeit ein Antrag wie der oben angeführte aufzutragen konntte, der unter einem, erprobten und unermüdlichen Kollegen das von ihm geschaffene Blatt für das er Jahrzehnt Opfer gestrahlt, da er erhalten, als es sich noch nicht tragbare, lebt aus den Händen reißen will, auf mich noch bemüht werden, das Blatt, irgendwo das Blatt sein Eigentum war, nach Abzug eines ganz befreiten Gehaltes jeden Überdruck der Bewegung zugeworfen hat und, um mit einem Gewissen vor seinem Partei und der Bewegung zu rüben, ließ Brod in jener Zeit sich durch den Vertrauensmann der Partei und den Geschäftsführer automatisch die Sicherheit gewährhaft residieren.

Will man so der Thätigkeit unseres Brod ein Denkmal setzen?

Sollte die Generalversammlung den bestehenden Antrag der bayerischen Konferenz annehmen — was ja kaum für möglich gehalten werden — so würde dies für die deutschen Schuhmacher ein Denkmal des größten Undanks werden!

Rudolf Kobisch.

Frühjahrssaison in der Schuhbranche.

Die „Arbeitsmarkt-Kontrespondenz“ berichtet: Zu den Großbetrieben des Schuhgewerbes herrscht augenscheinlich eine lebhafte Tätigkeit, um die seit Februar eingetauchte Rüstungsfrage so rasch wie möglich zu erledigen. In Erfurt haben einzelne Betriebe sogar Überläufnungen eingezogen, obwohl die Zahl der Arbeiter in diesem Jahr schon erheblich vermehrt worden war. Aus Berlin, Frankfurt a. M., Pirmasens, Weissenfels wird gleichfalls, soweit Großbetriebe in Frage kommen, recht rege Geschäftsgang gemeldet. Der Umstand, daß Ostern in diesem Jahr so frühzeitig fällt, drängt die Frühjahrsaktion auf wenige Wochen zusammen und bewirkt eine sehr viel rege Thätigkeit, als das j. B. im Vorjahr der Fall gewesen war. Freilich bedenklich ist das günstige Gespräch des Arbeitsmarktes, seit ausdrücklich auf die großen Fabriken, in denen per Zeit jetzt 30000 Arbeiter beschäftigt werden. In den kleinen Betrieben und ganz in den Werkstätten, in denen zusammen rund 130000 Arbeiter tätig sind, liegen die Verhältnisse im wesentlichen ungünstiger. Die Schuhwerkstätten, die aus der Krise der kleinen Betriebe erwachsen sind, äußern sich noch immer in einer allmäßlichen Steigerung der Konkurrenz. Die Überlegenheit der fabrikationsmäßigen Herstellung von Schuhmachen zeigt sich gerade im Bereich der gegenwärtigen Krise. Der Aufgang des Abhanges, der momentan in den Industriezentren besonders fühlbar ist, verbüpft die Konkurrenz der großen Betriebe, die zum Teil durch Errichtung eigener Filialen oder durch ausdrücklich billige Verkäufe an Schuhwarenhandlungen den auf die lokale Kundenschicht angewiesenen kleineren Betrieben das Geschäft davongeraubt haben. Der Ausdehnungsbereich der Großbetriebe wächst mit ihrer Leistungsfähigkeit, die in den letzten Jahren stark zunehmend ist. Betriebe mit einer Produktionsfähigkeit von 5000 Paar Schuhen pro Woche sind keine Seltenheit mehr. Doch besonders empfindlich leiden die kleinen Betriebe der Schuhbranche auch unter der Überflutung des deutschen Marktes mit amerikanischen Erzeugnissen. Die amerikanische Konkurrenz führt nach Deutschland noch eine Artillerie auf, die bei und entweder überhaupt nicht oder aber die etwa nur zu erheblich höheren Preisen hergestellt werden können. Es sind vielmehr die gleicher

Artille, in der Hauptsache bessere Damen- und Herrenschuhe, die infolge von Überproduktion unter Umgehung des Zwischenhandels in eigenen Verkaufsständen der amerikanischen Firmen auf den deutschen Markt gebracht werden. Unter solchen Verhältnissen nimmt nur die Großfabrikation und ihre Arbeiterschaft an der augenblicklichen Frühjahrsaktion einen Anteil. Wie lange die jetzige Bekleidung andhalten wird, darüber läßt sich augenblicklich wenig sagen, da die Gestaltung des Verbrauchs nicht fragwürdig ist. Einmal hängt viel von dem seinesorts Beschäftigungsgrad und den Betriebsverhältnissen der Arbeiterschaft ab. Sobald aber wird die Steigerung der Lebhaftigkeit jedenfalls hemmend auf eine Zunahme des Verbrauchs ein. Die Preissteigerung, mit denen die norddeutschen Schuhfabrikanten vorangegangen sind und die alsdann von vielen Oberlegerern gleichfalls vorgenommen wurden, beeinflußt die Produktionssätze schon so empfindlich, daß auch eine Erhöhung der Preise für fertige Schuhwaren im Bereich der Möglichkeit liegt. Endlich kommen noch die Exportaussichten für die Gestaltung des Geschäftsganges im Schuhgewerbe in Betracht. Bisher hat sich die Ausfuhr im laufenden Jahre nicht besonders erfreut angelossen. Vielmehr ist gegenüber dem Vorjahr der Export im Ganzen, besonders aber nach einer Reihe wichtiger Absatzgebiete, so nach den Niederlanden, nach Norwegen, Schweden und Belgien zurückgegangen.

Soziale Rundschau.

Die österreichische Gewerkschaftskommission hat ihren Bericht über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Österreich im Jahre 1901 erstattet. Der Bericht ist in seiner Totalität eine sehr ernste Mahnung für die österreichische Arbeiterschaft. So erkennt die Wahrnehmung ist, daß die Organisation durch immer engeren Aufzählerausschluß auf der einen Seite und Berufsgliederung der in Österreich noch vorhandenen allgemeinen Gewerkschaften auf der anderen Seite innerlich gewonnen hat, so sehr muß die Thatache beobachtet werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften abgenommen hat. Obwohl am 1. Januar 1901 die Beiträge um 30 Prozent erhöht wurden, waren die Einnahmen der Gewerkschaftskommission nicht nur höher als vorher, sondern bei Berücksichtigung der Beitragserhöhung geringer als in irgend einem Jahre seit 1887. Die Durchschnittsberechnung ergibt gegen das Vorjahr einen Verlust von 17371 Mitgliedern. Dazu spricht zweifellos die Krise ein gewichtiges Wort mit, offensichtlich aber auch die österreichischen Gewerkschaften noch jener inneren Festigung, welche es ermöglicht, auch solche Krisen ohne Verluste zu überstehen. Die Gewerkschaftskommission wird alle Kräfte anspannen müssen, das verlorene Terrain zurück zu erobern, um dann zu neuen Erfolgen fortzuschreiten zu können.

Die Gewerbegeister und der preußische Handelsminister Möller. Der Herr Möller, der frühere Leiter und Machtmann, das frühere Vorstandsmitglied des unzählbaren Centralverbandes deutscher Industrieller, das Interessen des etwas verbesserten Gewerbegeistes nicht verhindern können, so sucht er doch, dessen Durchführung zu beeinträchtigen. In einem Erste an die untergeordneten Behörden vertragt er den Standpunkt, daß in allen Orien mit über 20000 Einwohnern dem Gewerbegeistegeleit genügt sei, wenn „irgend ein gewölbliches Schiedsgericht vorhanben ist“. Das Vorhandensein eines Irrungsschiedsgerichts für die Gewerkschaften müste nach dieser vom „Körperspondbau“ als illegal erachtet werden, was aber durchaus dem Sinn desselben widerpricht. Mit Recht ist daher die am Bützower Bratzen erinnernde Ministerialität des Herrn Möller im Reichstag unter die Lupe der Krise genommen und nach Gewähr beleuchtet und gezeigt worden. So führt der sozialdemokratische Abgeordnete Bülow unter andern aus: „Herr Möller ist hier lediglich dem Wiedergewünschte des Centralverbandes deutscher Industrieller nachgetragen.“ (Seit einiger Zeit ist der Schuhmacher) Wenn der Herr Staatssekretär heute nicht eine bindende Erklärung abgibt, durch welche die Verordnung des Ministers Möller aus der Welt gestrichen wird, so muß der Reichstag nach Osten aus dem § 7 des Gewerbegeistegeleites eine Fassung geben, welche eine derartige Interprettion unmöglich macht. Von dieser Verordnung werden 54 Gemeinden betroffen, die dem Gesetz nicht nachgekommen sind. In Bützow, einem Ort von 30 000 Einwohnern, hat der Gemeindevorsteher öffentlich erklärt: „So lange würde er sich nicht zwingen lassen, daß seine Gemeinde ein Gewerbegeicht zu errichten.“ So wird einem Gesetz, das davon dienen soll, den sozialen Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen, entgegen gewirkt. Man muß sich doch überhaupt fragen, ob durch eine derartige Verordnung ein Reichsrecht gerichtet aus der Welt gestrichen werden kann. „Ja seiner Antwort gab Staatssekretär Graf Baudissawitz zu, daß nach dem Gesetz für alle Oste mit mehr als 20 000 Einwohnern Gewerbegeiste errichtet werden müssen und daß er sich mit Herrn Möller wegen seines beobachteten Erlasses in Verbindung gesetzt und der selbe nun einen andern Erlass hinzugegeben habe, durch den das beobachtete des ersten Erlasses wieder bestätigte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bülow fragte weiter, ob der sozialdemokratische Bützower Gewerbegeiste noch bestand, nachdem bis zum 1. Januar 1902 nur 6 Gemeindeverwaltungen dem Gesetz nachgekommen sind und Gewerbegeiste errichtet haben, gegen 50 Gemeinden aber nicht, was einer Rechtsverweigerung der Arbeitern gegenüber gleichkommt. Offensichtlich wird nun das Gesetz endlich durchgeführt.“

Die Riechelung der Gewerbeinspektorat durch das Reichsamt des Innern und insbesondere durch den ministeriellen Vertreter des Kapitals, Herrn Möller, ist ebenfalls im Reichstag durch die sozialdemokratischen Abgeordneten zur Sprache gebracht worden. Genosse Wurm wies darauf hin, daß der Herr Möller an die Gewerbeinspektorat einen Erlass gerichtet habe, worin er ihnen verbotet, in ihren Berichten Bezeichnungen über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze anzutragen und Vorhabe über deren weitere Ausbau zu machen und er wies ferner hin auf die beispiellose Erfüllung des Herrn Möller im preußischen Abgeordnetenhaus, wo er u. a. ausführte: „Es ist richtig, daß durch den Erlass gewisse Bezeichnungen eintreten. In den Jahresberichten sollen die Beamten nur britisches Wahrnehmungen mittleren und theoretische Erörterungen, insbesondere Abschließungen der Ausgestaltung und Abänderung bestehender gesetzlicher Bestimmungen verordnen.“ Die Beamten sollen, falls sie der Meinung sind, das gegebene Schrift zur Abrechnung von Missständen notwendig sind, dies in einer besondern Mitteilung nur der Regierung berichten. Der Reichstag braucht davon nichts zu wissen. Sehr richtig bemerkte Genosse Wurm dazu, daß dies eine Degradierung des Reichstags ist und er führt dazu dann noch weiter aus: „Dazu fügt die Gewerbeinspektorat nicht geschaffen, wenn die sozialdemokratische Sozialreform so leicht verkehrt gehalten wird, daß die Regierung den Beamten nach erneut einer Maßnahme vorlegt, damit sie nicht durch ihre Krise schädigen, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Regierung selbst davon überzeugt ist, wie wenig die vorhergehenden Gesetze ausreichen.“ Gerade deshalb aber verzögern wir, daß wir einen Erlass zu erläutern, wie die vom Reichstag beschlossenen Gesetze wirken und wie können es nicht dulsen, daß die Minister, von denen man ja niemals weiß, von welchen Kreisen sie abhängen. (Unruhe rechts. Ruff: Bedenkung!) Es ist keine Bedenkung, wenn ich darauf anspreche, daß der Centralverband der Industriellen die 12000 Mark hergestellt hat. Wenn auch das O. f. e. jener Spitze, Herr von Bode, gehört ist, so ist doch die ganze Angedaneheit noch lange nicht ausgeföhrt. Aus der Antwort des Bode steht noch die folgenden Worte: „Ich habe schon wiederholte darauf hingewiesen, daß die Gewerbeinspektorat die Blätter haben, die von Ihnen se-

gesellten Thatsachen in ihren Berichten hat und durchaus zum Nutzen zu bringen. Selbstverständlich sind sie auch berechtigt, sich darüber zu äußern, wie die bestehenden Gelehrte gewirkt und wo sie genutzt haben. Dagegen sollte es nicht für angebracht, wenn die Gewerbeverbände lange sozialpolitische Erörterungen in ihre Berichte aufnehmen und vollständig neue Gesetzesvorstellungen machen. Der preußische Handelsminister und ich sind einig in der Auffassung, dass die Gewerbeverbände, wenn sie ein beschleunigtes Gesetz für ungünstig halten, zunächst ihrer vorgeschrittenen Dienstbehörde Vorlage halten müssen, ehe sie mit neuen gesetzgeberischen Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten. Zum Abreisen werden die nächsten Berichte der Gewerbeverbände zeigen, dass es uns vollkommen steril ist, die Gewerbeverbände in ihrer freien Meinungsäußerung zu befürworten. Die Gewerbeverbände sind den Geldschmieden so unangenehm, dass wir Unternehmen selbst und darum der Staatskasse. So verschleiert die Reaktion eine Einrichtung nach der andern, kauft sie zu verbessern.

Mitteilungen.

Baden-Baden. In dem Bericht von der Agitations-Kommission für Baden und die Bodensee-Pfälz, Nr. 10 des "Schuhblattes" habe ich leiniges richtig zu stellen und zu ergänzen. 1. Habe ich den Antrag gestellt, der auch angenommen wurde, dass die Agitations-Kommission alle vierjährige Fragebogen an die einzelnen Zahlstellen auszugeben habe im Bezug auf die Wohn- und Arbeitsverhältnisse u. s. w. Zur Begründung konnte ich das Praktische dabei, da nicht jeder Kollege veranlagt sei, einen Situationsbericht selbst auszuarbeiten. Die Kommission erhält dadurch genügend Material und wird über die Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen genauestens informiert. 2. Am Orte besteht nur eine Fabrik, die zweite ist im August vorangegangen. In derselben wurden 4 Arbeiter und 1 Arbeitnehmer beschäftigt, davon waren 2 Arbeiter organisiert. In der noch bestehenden Fabrik waren 23 Arbeiter und 7 Arbeitnehmer beschäftigt, davon sind 11 Arbeiter organisiert. Ein der wohnenden organisierte Kollege arbeitet auswärts. 3. Der Rentenunterricht der Vereinsbeamten wurde in ich ungern, diese wurde abgelehnt. Bereits der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde ein Antrag angenommen, der am 28. folgenden Vorlaut hat: Die Generalversammlung möge beschließen, die Erfüllung des Pflichtauftrags vor einer Urabstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit abhängig zu machen.

Worms-Ladenburg. Durch rege Agitation gelang es uns, in letzter Zeit unsere Mitgliedschaft bedeutend zu erhöhen und in einem Betrieb einzutreten, dessen Arbeiter sich aus Furcht vor Entlassung bisher noch nicht entschließen konnten, dem Verein deutscher Schuhmacher beizutreten. Aber plötzlich durch Rot und Gold getrieben, schoss fast ungefähr die Hälfte unsern Verein an, wodurch auch in dem Betriebe, in dem die vier organisierten Arbeiter freudlichheitlich ihre Arbeitsgelegenheit genutzt hatten, haben, welche wohl in den meisten Fällen durch verschiedene Arbeitszeitverlängerungen und die in solchen Fällen immer folgenden Lohnregulierungen aber keiner gelegte Lohnreduzierungen zum Ausdruck gebracht wurde. Aber nicht lange, da kam dieses Leutewerk diesem arbeiterfreudigen Manne zu Ohren und ein paar Sünden wurden zur Verantwortung gezogen. Da könnte es denken nun entgegen: Entweder aus dem Verein deutscher Schuhmacher oder die Arbeit verlassen, denn solche Arbeiter können man nicht gebrauchen, obwohl er eine schon acht Jahre zur Gütefeindheit in dem Geschäft gearbeitet hatte. Wir fragen nun Herrn Langenohl (um den es sich hier handelt), was für ein Betrieb haben die Arbeiter begangen, dass sie gleich mit der Entlassung bestraft müssten? Haben sie nicht dasselbe gelitten, was Sie auch ihm? Sie organisierten sich, um eine bessere Lebenslage zu erlangen, oder glaubt vielleicht Herr Langenohl, dass, wenn ihm eine organisierte Arbeiterschaft gegenübersteht, er nicht mehr so ungeliebt seine hohen Profite einnehmen könnte? Letzteres mag wohl richtig sein, aber niemals kann man, wenn man es ernst meint, seinen Arbeitern das vornehmen, was man für sich in Anspruch nimmt. Überlebt vielleicht Herr Langenohl an der Einbildung, dass er das den Arbeitern gelegentlich gehörige Recht, sich zu organisieren, mit Füßen treten kann. Er könnte dann vielleicht eines andern beigebracht werden. Aus den Erklärungen ist nichts geworden, Herr L. hat sich Hoffentlich eines besseren belohnt, nur ein Kollege wurde, wie immer bei derartigen Fällen, wegen Arbeit entlassen. Die Folge von diesem Vorgehen war, dass sich noch mehr Kollegen uns anschlossen, so dass wir jetzt 145 Mitglieder zählen. Wer aber bekennt die neuen Mitglieder herlich willkommen und hoffen, dass sie nun zum Verein halten und weiter für den Betrieb agieren. Denn sobald die Kollegen unsere Fabrie verlassen, sind sie auch der Ausbeutung, dem Unternehmertum preisgegeben und die Lohnregelungen beginnen, um unsere an und für sich schon so traurigen Verhältnisse noch mehr zu verschlechtern.

Verein deutscher Schuhmacher.

Wahlamtung des Zentralvorstandes. Bei der zweiten Stichwahl, die in den 24. und 25. Wahlabteilung zwischen den Kollegen Hering-Henningsburg und Petersen-Lübeck vorgenommen werden musste, wurden 201 gültige Stimmen abgegeben. Hierzu erhielt Hering 108 und Petersen 93 Stimmen. Hering ist somit gewählt.

In der Abrechnung vom 4. Quartal 1901 sind unter München I für den Streitfonds als Einnahme 41,25 M. angegeben, diese Einnahme ist aus der Zahlstelle München II.

Die bisherigen Mitglieder Frau Rum, B.-Nr. 5712 und H. Müller, B.-Nr. 28463, beide in Magdeburg, sind aus dem Verein deutscher Schuhmacher auf Grund des § 8 Absatz 4 ausgeschlossen worden.

Hannoversche Schuhmacher-Lehranstalt.
Beginn des nächsten Kurses: Anfang Juni 1902.

Hannover.

August Köster,
Fachlehrer in den staatlichen Meisterkursen.

Karl Nickel, Frankfurt a. M.
Neugasse 24.

und sechstes H. H. Handwerklichen Werkzeuge, Tischler, Stulp- und Tischler-Mäher aller Art, alte amerikanische Polierarbeiten, das über 60 fl., sowie Leinen, Fournituren, Söhl- und Oberlebet.

Brandenburg a. H.

Den Vorsteiger empfiehlt sein gut sortiertes Gut und

Werkzeuggeschäft F. Staeckebbrandt, Hauptstr. 61.

Kollegen, welchen die Adresse des Werkhauses

Hans Bartsch,

früher in Liegnitz, jetzt in München, bekannt ist, werden erachtet, dieselbe zu senden an

Max Brötter, Liegnitz, Steinmarkt 7.

Reaktion, Druck und Verlag von W. Bock in Gotha.

Curt Pusch

zu seiner am 22. März stattgefundenen golden Hochzeit die herzlichen Glückwünsche.

Sechs Kollegen der Zahlstelle Liegnitz.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

Unser Kollegen

Curt Pusch

zu seiner am 22. März stattgefundenen golden Hochzeit die herzlichen Glückwünsche.

Sechs Kollegen der Zahlstelle Liegnitz.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G. J. Sch. P. D. S. O. J. S. D.

W. G.